

Einleitung

Am 7. September 1960 fand in Innsbruck eine Südtirolbesprechung statt, in der das weitere Vorgehen mit Blick auf die UNO festgelegt werden sollte. Die Stimmung war gut, die Erwartungen hoch – zumindest bei den „Radikalen“ –, wie eine Äußerung von Staatssekretär Franz Gschnitzer deutlich machte. Als es um mögliche Gegenanträge zum österreichischen Antrag in New York ging, etwa die Aufforderung an Österreich zu Verhandlungen mit Italien „ohne Basis der Landesautonomie“ für Südtirol, meinte Gschnitzer denn auch, eine solche Aufforderung sei „unannehmbar“.¹ Am Ende verabschiedete die UNO genau eine solche Resolution und forderte Italien und Österreich unter Hinweis auf das Gruber-De Gasperi-Abkommen vom September 1946 auf, das Problem zu lösen. Aus „unannehmbar“ war annehmbar geworden. New York war halt nicht Innsbruck, der East River weder Inn noch Eisack. Außenminister Bruno Kreisky war jedenfalls „sehr befriedigt“, wie er dem deutschen Botschafter Anfang November mitteilte,

„dass der Anschauungsunterricht, der gewissen Nord- und Südtiroler Kreisen in New York geboten worden sei, dazu geführt habe, dass man beginne, die Dinge in den richtigen Proportionen zu sehen, nachdem in den genannten Kreisen zunächst die Meinung geherrscht habe, als drehe sich sozusagen die ganze Welt um Südtirol“.²

Die UNO-Resolution hatte zwar keine meritorische Lösung des Problems gebracht, wie Kreisky im Ministerrat betonte, aber sie hatte vollständig neue Voraussetzungen für die Verhandlungen mit Italien geschaffen. Um diese Verhandlungen ging es in der ersten Hälfte des Jahres 1961.

In mehreren Sitzungen sowohl in Wien wie auch in Innsbruck versuchte man, sich auf die erste Runde dieser Verhandlungen in Mailand vorzubereiten und abzuklären, was man eigentlich wollte. Für die Moderaten gab SVP-Obmann Silvius Magnago am 23. Januar 1961 in Innsbruck die Marschroute vor, als er feststellte:

„Uns geht es nicht darum, ob die Provinz Bozen jetzt morgen Region heißt, sondern darum, dass diese Provinz Bozen auch innerhalb einer Region alle Zuständigkeiten hat, die sie braucht.“

Und weiter: „Ich betone noch einmal: Wenn morgen noch eine Region bestünde, die nur eine Kompetenz hat, und wir aber alles Wesentliche haben, dann kommt es mir nicht auf den Namen an.“ Das waren genauso prophetische Worte wie jene von Franz Gschnitzer, als dieser in derselben Sitzung meinte: „Erreichen wir die volle Autonomie, dann kommt aber immer noch die Gefahr einer ‚Endfertigungserklärung‘, die uns bestimmt vorgelegt werden wird.“ Auch da hatte Magnago bereits klare Vorstellungen: „Wenn das, was auf dem Papier ist, dann

1 ASTP, 1960, Dok. 245.

2 ASTP, 1960, Dok. 365.

auch durchgeführt ist [...], dann kann man den Italienern so eine Erklärung geben. Dies zu verlangen, hätten die Italiener sogar das Recht.“ Es sollte bis 1992 dauern, bis es so weit war. In derselben Sitzung äußerte Friedl Volgger die Überzeugung: „Ich glaube, es ist den Italienern ernst, zu einem Abschluss zu kommen.“ (Dok. 12)

In Mailand lief dann nicht alles wie geplant. Am Ende der Sitzung wurde den Italienern ein zusammenfassendes Kurzdokument mit den Forderungen Österreichs bekanntgegeben, was bei der SVP später mehr als Kopfschütteln hervorrief. Für deren Generalsekretär Hans Stanek war klar, wie das geschehen konnte: „Offensichtlich standen die ganzen Beteiligten in Mailand unter dem Eindruck einer ganz besonderen Situation. Es muss sich geradezu um eine Psychose gehandelt haben.“ (Dok. 45) Zuvor hatte man ein Programm mit 32 Punkten ausgearbeitet; „das aber“, so machte die Leiterin des Referates „S“ der Tiroler Landesregierung, Viktoria Stadlmayer, am 7. Februar vor einer internen Besprechung in Innsbruck klar, „interessiert uns gar nicht. Wir wollen noch weiter gehen und dann das Selbstbestimmungsrecht verlangen.“ Man werde Italien Vorschläge machen, die es dann ablehnen würde, und dann das Selbstbestimmungsrecht fordern. Für einige war genau das die Strategie. Für Stadlmayer war klar: „So wie es in Südtirol aussieht, wird es Ende März bei der [SVP-]Landesversammlung bestimmt zum Selbstbestimmungsrecht kommen.“ (Dok. 36)

Die nächste Verhandlungsrunde war für Klagenfurt angesetzt; jene, die die Selbstbestimmung auf ihre Fahnen geschrieben hatten, hatten auch da keine großen Erwartungen. Am 10. März ging man bereits davon aus, dass „nach Klagenfurt wieder eine Landesversammlung angekündigt werden sollte, die dann, wenn die Voraussetzungen zutreffen, schon in Richtung S.B.R. [Selbstbestimmungsrecht] deutlich werden müsste“, wie Stanek nach einer Besprechung in Innsbruck mit Landesrat Aloys Oberhammer und dem Bergisel-Bund-Vorsitzenden Eduard Widmoser notierte. (Dok. 63)

Schon vor Klagenfurt zeichnete sich auf italienischer Seite eine Entwicklung ab, die später realisiert werden sollte. Italiens Innenminister Mario Scelba meinte nämlich gegenüber dem österreichischen Botschafter in Rom, Max Löwenthal, bereits am 10. Mai, er habe erst kürzlich den Südtiroler Parlamentariern gesagt, er sei bereit, sich mit ihnen zusammenzusetzen: „In solchen internen Verhandlungen könnte die italienische Regierung wesentlich weiter gehen als in zwischenstaatlichen.“ Gegenüber dem Botschafter wiederholte er jetzt in aller Form diesen Vorschlag und bat ihn, der Regierung in Wien nahezu legen, dieser Vorgangsweise zuzustimmen. (Dok. 108) An Bundeskanzler Alfons Gorbach wurde dann eine Mitteilung des italienischen Ministerpräsidenten Amintore Fanfani weitergegeben. Fanfani hatte gesagt, dass eine Lösung, mit der er vor das Parlament gehen müsse – d. h. eine de jure-Autonomie für Südtirol und Auflösung der Region –, aussichtslos sei, aber er als Regierungschef sei bereit, „der Provinz alle möglichen Zuständigkeiten zu geben, die von der Region auf die Provinz übertragen werden können und die im Interesse der Provinz liegen“. In Klagenfurt solle über den Inhalt der Autonomie gesprochen werden, also über eine de facto-Autonomie. Die Meinung von Fanfanis Gesprächspartner war eindeutig. Wien müsste sich

„ganz klar von gewissen Methoden und Persönlichkeiten distanzieren, sowohl in Wien als auch in Innsbruck. Ohne Legalität und Loyalität kann man überhaupt nicht verhandeln. Die Verantwortung ist sehr groß. In Südtirol sehnt sich die Bevölkerung nach einer vernünftigen Lösung.“ (Dok. 111)

Wer und was damit gemeint war, war auch klar.

In Klagenfurt hatte der neue Staatssekretär im Außenministerium und Nachfolger Gschnitzers, Ludwig Steiner, den Eindruck, „als ob *in merito* verhandelt werden könnte“. (Dok. 126) Bruno Kreisky betonte in einer Wertung der Verhandlungen, dass dort „eine Auflockerung eingetreten“ sei. Einigen gefiel diese Entwicklung überhaupt nicht. Landesrat Oberhammer meinte, er habe bei den Worten des italienischen Außenministers Segni und des Staatssekretärs Russo das Gefühl gehabt, einem humoristischen Vortrag beizuwohnen. Und die Überlegung, dass die Südtiroler direkt mit den Italienern verhandeln sollten, bezeichnete er gar als „Zumutung“. (Dok. 128)

Und dann kam die „Feuernacht“. Der „Befreiungsausschuss Südtirol“ (BAS) führte in der Nacht vom 11. auf den 12. Juni seinen lange vorbereiteten großen Schlag durch: In Südtirol wurden 37 Hochspannungsmasten, acht Eisenbahnmasten und zwei Hochdruckleitungen gesprengt. Auf Flugblättern hieß es: „Wir fordern für Südtirol das Selbstbestimmungsrecht!“ Die vorliegenden Dokumente gewähren einen einzigartigen Einblick in die internen Entscheidungsprozesse, die jener Nacht folgten. Und sie geben definitiv Antwort auf die Fragen nach Feuernacht und Selbstbestimmung, Autonomie, Neunzehner-Kommission, „Aufbau“ etc., Fragen, auf die ich bereits in meiner dreibändigen Darstellung über „Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969“ Antworten gegeben habe. Wer will, kann jetzt nachlesen, wie ich zu diesen Antworten gekommen bin – ergänzt um neue Dokumente aus dem internen Umfeld in Wien und Bozen.

Interessant ist die Reaktion der SVP-Parteileitung am Montag, dem 12. Juni, dem Tag nach der „Feuernacht“. Im Protokoll jener Sitzung heißt es:

„Dr. Magnago hält die Vermischung mit den Höhenfeuern am Herz-Jesu-Sonntag für geschmacklos. Offensichtlich handelt es sich um eine Großorganisation, welche gefährlich ist. Die Mandanten dieser Aktion wollen jedes ruhigere Klima sabotieren und die Situation auf die Spitze treiben, die Polizei soll sabotiert werden, damit sie sich zu Repressalien hinreißt usw. Das Ende ist dann eine Situation, in der die Fortführung der Verhandlungen keine Aussicht auf Erfolg mehr bietet.“

Bemerkenswerterweise sah Franz Widmann das etwas anders. Er hielt die Anschläge zwar auch für „schwerwiegend“, berücksichtigt werden müssten aber auch die

„Gründe, welche zu diesen Anschlägen geführt haben. Der Akzent muss auf die Taten und nicht auf die Leute gelegt werden. Diese sind sicherlich ehrliche Südtiroler, welche es gut meinen, und keine Kriminellen.“

Das wolle er ausdrücklich betonen, ohne deswegen missverstanden zu werden. Und Toni Ebner, der die Anschläge in einem Leitartikel der „Dolomiten“ scharf verurteilt hatte („Geschändetes Herz-Jesu-Fest“), meinte, man müsse folgende Frage stellen und auch klar beantworten, nämlich „ob diese Leute etwas Gutes getan haben, oder ob sie unserer Sache nicht dienen“. (Dok. 142)

Genau darum ging es in den folgenden Wochen. Die neu zugänglichen, ausführlichen Tagebuchaufzeichnungen von Martin Fuchs, Generalsekretär im Außenministerium in Wien, sind in unserem Zusammenhang besonders interessant und aufschlussreich. Sie geben Ant-

wort auf so manche Frage. Am 12. Juni notierte er in sein Tagebuch: „Jedenfalls dürften jetzt alle Aussichten geschwunden sein, auf dem Verhandlungsweg irgendeinen Kompromiss zu erzielen. [...] Er [Kreisky] verurteilt diese Anschläge schärfstens“ und dränge darauf, dass sich der Ministerrat „sehr entschieden von dieser neuen Terrorwelle distanzieren“. (Dok. 143) Und am nächsten Tag notierte Fuchs: „Offenbar will die italienische Regierung die Anschläge nicht dazu benützen, um die Verhandlungen abzubrechen, was das Hauptziel der Terroristen ist.“ (Dok. 144)

Auf der Seite der von Fuchs so genannten Terroristen standen offensichtlich auch die „Radikalen“ Franz Gschnitzer, Felix Ermacora und Johannes Dengler. Sie waren Mitglieder der österreichischen Expertendelegation, die, wie in Klagenfurt vereinbart, in Zürich die neue Verhandlungsrunde der Minister vorbereiten sollte. Diese Besprechungen verliefen in freundlich-sachlicher Atmosphäre, die Italiener erwähnten die Bombenanschläge kein einziges Mal und zeigten nach Meinung Kurt Waldheims, Leiter der österreichischen Delegation, „weitestgehende Bereitschaft, Verwaltungsbefugnisse [...] auf die Provinz zu übertragen“. (Dok. 156) Es kam in Zürich zu einem außergewöhnlichen Vorfall, wie Waldheim Fuchs später berichtete. Demnach hatte Gschnitzer Waldheim einen vorbereiteten Ministerratsvortrag für Kreisky vorgelegt, den Waldheim unterschreiben sollte. Darin war das Scheitern der Expertengespräche („italienische Angebote völlig unzureichend und unannehmbar“) festgehalten, noch bevor sie überhaupt begonnen hatten. Waldheim verweigerte denn auch die Unterschrift. Fuchs notierte:

„Es wird immer deutlicher, dass die Nordtiroler und Südtiroler Radikalen alles tun, um das Scheitern der zweiseitigen Verhandlungen zu beschleunigen und um wieder auf die internationale Ebene zu kommen (am liebsten wieder vor [UNO-]Generalversammlung).“ (Dok. 156)

Unter diesen Umständen war klar, dass die anschließende Ministerbesprechung zwischen Kreisky und Segni in Zürich scheitern musste. Fuchs notierte, was Waldheim ihm erzählte: „Nord- und Südtiroler seien vollkommen unnachgiebig gewesen und hätten Kreisky unter Druck gesetzt.“ (Dok. 184)

Die Bomben beendeten jede Diskussion über eine mögliche Selbstbestimmung. *Ohne* sie wäre damals vielleicht etwas daraus geworden, *mit* den Bomben war dieses Thema definitiv erledigt. Auf der außerordentlichen Landesversammlung der SVP wurde zuvor noch eine Resolution mit der Forderung nach Selbstbestimmung eingebracht – nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Italien –, aber daraus wurde nichts mehr. Die Selbstbestimmung war im wahrsten Sinne des Wortes weggebombt worden und hatte politisch keine Chance mehr.

In dieser Situation wiederholte Italiens Innenminister Mario Scelba gegenüber den Südtirolern seine Vorschläge, die er schon vor der „Feuernacht“ gemacht hatte, nämlich für ein inneritalienisches Gespräch. Das war die Geburtsstunde der später so genannten Neunzehner-Kommission. Scelba setzte sich damit im Ministerrat in Rom durch. Er wollte trotz der Attentate diese Kommission – als Zeichen der Stärke! Mit einem Satz: Neunzehner-Kommission nicht *wegen*, sondern *trotz* der Feuernacht. Das hatte ich bereits 1999 geschrieben und wird auch von den neuen Dokumenten bestätigt! Dabei war etwas anderes auch mit entscheidend, nämlich der Beschluss der österreichischen Bundesregierung – auf Druck der (Süd-)Tiroler –, die Südtirolfrage erneut vor die UNO zu bringen. Eine ähnliche Debatte wie

ein Jahr zuvor vor der UNO wäre für Italien besonders unangenehm gewesen. Würde eine Debatte kommen, so wollte Rom jetzt auf eigene Großzügigkeit gegenüber der Minderheit im Lande verweisen können – und das war diese Kommission. Italiens ehemaliger UN-Botschafter – und seit Anfang Juli Botschafter in Wien –, Enrico Martino, hatte genau das am 19. Juli Staatssekretär Carlo Russo empfohlen, einen Tag nach dem österreichischen UNO-Antrag. Er sprach von „unserer entschlossenen Absicht, direkt mit den Südtirolern zu verhandeln“, um damit die Situation in der UNO „zu unseren Gunsten zu beeinflussen“. (Dok. 225) Für einige Tiroler war das zwar eine furchtbare Vorstellung, aber so kam es. Konnte unter diesen Umständen die Einheit aller Südtiroler aufrechterhalten bleiben? Würde es zu einer Spaltung der SVP kommen? Es gab solche Tendenzen. Für Viktoria Stadlmayer schien eine Spaltung tödlich zu sein (Dok. 213); genauso tödlich wie eine Spaltung erschien ihr allerdings auch der Versuch, „direkte Verhandlungen zwischen den Südtirolern und Rom herbeizuführen“. (Dok. 212)

Um die Situation nach den Attentaten, um das Angebot von Mario Scelba und Selbstbestimmungsmöglichkeiten ging es in einem außerordentlich wichtigen Gespräch, das in Zürich zwischen Kreisky, Magnago und Peter Brugger – einem Befürworter der Selbstbestimmung – im Beisein von Kurt Waldheim stattfand. Bruggers Fragen zur Selbstbestimmung beantwortete Kreisky unmissverständlich: Für Selbstbestimmungsforderungen waren er und die österreichische Regierung nicht zu haben. Für ihn war auch klar, dass die Situation im Vergleich zu 1960 wegen der Attentate schlechter geworden war. Magnago stellte fest, dass die Attentatswelle auch den Südtirolern

„großen Schaden verursacht habe, und zwar sowohl wirtschaftlichen als auch politischen. Insofern nämlich, als die Existenz der Partei in Gefahr gebracht wurde. [...] Es sei kein Zweifel, dass Spaltungsversuche vorhanden sind.“

Kreisky war für eine Annahme des Angebotes Scelbas, obwohl er sehr deutlich erkannte, was auch dahinter steckte: Die von italienischer Seite gewünschte Suspendierung des internationalen Weges als Gegenleistung für direkte Verhandlungen „berge die Gefahr in sich, Österreich auszuschalten und direkte Verhandlungen als Niederlage Österreichs darzustellen“. (Dok. 250)

Inzwischen waren erste Spaltungstendenzen innerhalb der SVP zu erkennen. Offensichtlich gab es auch in der Partei falsche Vorstellungen über die Erfolgsaussichten vor der UNO. In Südtirol seien von gewisser Seite unrealistische Hoffnungen geweckt worden, so Roland Riz gegenüber Botschafter Löwenthal. Magnago glaubte offensichtlich an die Möglichkeit eines Erfolges. Riz meinte „entschieden und mit der Bitte um Weitergabe, falls Oberhammer weiterhin in der österreichischen Delegation bleibe, müsse man die Frage aufwerfen, ob diese Delegation überhaupt noch die Interessen der Südtiroler Bevölkerung vertreten könne“. (Dok. 232)

Es ist in den vergangenen Jahren von damaligen „Aktivisten“ auch immer wieder behauptet worden, die Attentate hätten die Qualität der Gespräche zwischen Österreich und Italien verbessert. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Es kam genauso, wie Kreisky es befürchtet hatte: Es gab überhaupt keine Gespräche mehr! Die Italiener verwiesen stets auf das inneritalienische Gespräch, die Neunzehner-Kommission, und die schleppte sich Monat für Monat dahin, immer am Rande der Auflösung. Was Rom mit der Kommission tatsächlich wollte, machte

der italienische Vertreter in New York deutlich: Als Argument für eine möglichst ruhige und kurze Debatte vor der UNO, denn: „Die Atmosphäre für die Scelba-Kommission und für bilaterale Kontakte solle nicht gestört werden.“ (Dok. 390) Ergebnisse für Südtirol waren nicht vorgesehen. Als Begründung dienten die Attentate. Am 5. November meinte Mario Scelba zu Bruno Kreisky und Bundeskanzler Alfons Gorbach in Rom zur Arbeit der Neunzehner-Kommission: „Die öffentliche Meinung stehe jetzt noch unter dem Eindruck der Attentate und würde ein Entgegenkommen als Nachgiebigkeit gegenüber der Gewalt empfinden.“ (Dok. 388) Gegenüber Österreich wurde die Kommission abgewertet; damit, so Kreisky, trat das italienische „Doppelspiel“, wie er das nannte, deutlich zutage. Genau das war wohl von Scelba von Anfang an auch beabsichtigt worden. Seine Ministerkollegen hatten das zunächst nicht richtig verstanden. Leider gibt es keine Wortprotokolle von Sitzungen des italienischen Ministerrates, nur Beschlussprotokolle. In der Sitzung vom 1. September 1961 ist die Rede von einer „larga discussione“. (Dok. 294) Gegenüber Botschafter Löwenthal wies Scelba später – inzwischen ohne Ministeramt – auf den „harten Widerstand“ einiger Kabinettskollegen hin: Ein anderer als er „hätte sich nicht durchgesetzt“.³ In den folgenden Monaten gab es von italienischer Seite denn auch kein Entgegenkommen.

Die UNO hatte auch nicht geholfen. Eine Wiederholung der Resolution aus dem Jahr 1960 hatte man bekommen. Mehr nicht! Die Italiener hatten die Neunzehner-Kommission in New York „ausgeschlachtet“, wie Magnago es in einer Sitzung der SVP-Parteileitung am 27. November formulierte. Das „friedliche Mittel“, das sich einige erhofft hatten, hatte man nicht erreicht, „weil die 19er-Kommission da war“, wie er meinte. (Dok. 411) 14 Tage zuvor, am 14. November, hatte er klargemacht, wo man möglicherweise landen würde: Wenn keine Einigung in der Neunzehner-Kommission erzielt werde, „stehen wir vor dem Nichts“. (Dok. 392)

Das war das Ergebnis des Jahres 1961!! War unter diesen Umständen diese Kommission ein Erfolg – gar ein Erfolg der „Feuernacht“? Viktoria Stadlmayer hatte schon früh ihre Befürchtung geäußert, Anfang 1962 beantwortete sie diese Frage in einem streng vertraulichen Memorandum folgendermaßen: „Die 19er-Kommission und ihre positive Aufnahme in Südtirol ist kein Erfolg der Bombenpolitik, sondern ist ein Sieg Italiens.“ Man sei „in eine Sackgasse geraten, aus der ein Ausweg nur schwer zu finden ist“. Neuerliche Attentate bezeichnete sie als „verheerend für unser weiteres Vorgehen“. Ihr Urteil über die „Bomben-Politik“ fiel geradezu vernichtend aus.⁴ Und am Ende des Jahres machte Enrico Martino gegenüber Generalsekretär Fuchs deutlich, dass die Neunzehner-Kommission „eine rein interne italienische Angelegenheit“ sei, die auch mit dem Gruber-De Gasperi-Abkommen nichts zu tun habe. Sie sei eine „Studienkommission, die ein Problem des italienischen Staates zu prüfen habe“, Südtirol sei „kein österreichisch-italienisches Condominium“. (Dok. 423)

Die „Bombenpolitik“ war jedenfalls gescheitert. Das war das *eine* Ergebnis der Attentate, das *andere* war, dass durch sie die SVP in die größte Krise ihrer Geschichte geraten war. Nur mit Mühe konnte eine Spaltung verhindert werden, wie zwei ganztägige Sitzungen des Parteiausschusses im Oktober zeigen. Es sind zwei einzigartige, für die Geschichte der SVP nachgerade historische Sitzungen, die in vollem Wortlaut wiedergegeben werden und deutlich machen, wer

3 Vertrauliches Schreiben Max Löwenthal an Bruno Kreisky, 21.5.1962; vgl. ASTP, 1962–1964.

4 Streng vertrauliches Memorandum vom Frühjahr 1962: „Überlegungen zum gegenwärtigen Stand der Südtirolpolitik“. Vgl. ASTP, 1962–1964, Dok. 34.

wofür verantwortlich war. (Dok. 340 und Dok. 343) Da erfährt man so manches, was bis heute anders dargestellt wird, etwa wenn Toni Ebner beklagt, dass er in Innsbruck habe erfahren müssen, dass von Seiten der SVP folgende Information nach Innsbruck gekommen sei:

„Dr. Ebner hat bei der P.A.-Sitzung am Montag die ganze Gesellschaft überfahren, und niemand hat sich mehr getraut, etwas dagegen zu unternehmen, weil man nur könnte in ein schlechtes Licht kommen, aber in Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders, die Partei ist gegen die Bombenanschläge, offiziell ja, aber inoffiziell jedoch nicht, und es ist an der Zeit, dass er [Ebner] vergiftet wird. Also ist hier doch irgend etwas nicht ganz in Ordnung, dass neben der offiziellen auch eine inoffizielle Quelle besteht, die die Herren draußen vollkommen falsch informiert hat und auch noch weiterhin informiert. Ich nenne keine Namen, ich hätte auch diese zur Hand.“ (Dok. 343)

Zur Südtirolfrage habe ich mich in der Vergangenheit bereits mehrfach geäußert⁵; für den Zeitraum, der mit dieser Aktenedition abgedeckt wird – 1959 bis 1969 –, am ausführlichsten in der dreibändigen Darstellung „Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969“. Das Jahr 1961 – der vorliegende Dokumentenband – wird dort in Band 2, S. 277–336, S. 425–649 sowie im Bildteil S. 379–424, behandelt, mit 110 Faksimiles, von denen 62 Dokumente sind.

Zehn Dokumente habe ich erstmals in dem von mir 1999 herausgegebenen Band „Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente“, S. 300–345, veröffentlicht (mit einem Schreiben von Botschafter Löwenthal an Bundesminister Kreisky vom 13.7.1961 als Faksimile). Sie werden hier aus Platzgründen nicht erneut abgedruckt. Es handelt sich um folgende Dokumente:

- 4.2.1961: Österreichisch-italienische Verhandlungen in Mailand. Vortrag von Bruno Kreisky an den Ministerrat
- 14.2.1961: Anschläge gegen Denkmäler in Südtirol. Sprachregelung BMfAA
- 10.5.1961: Österreichisch-italienische Verhandlungen in Klagenfurt am 24. und 25. Mai 1961. Vortrag von Bruno Kreisky an den Ministerrat
- 25.5.1961: Bericht von Bruno Kreisky in Klagenfurt
- 3.7.1961: Südtirolverhandlungen in Zürich; weiteres Vorgehen. Vortrag von Bruno Kreisky an den Ministerrat
- 7.7.1961: Unterredung mit dem italienischen Botschafter Gastone Guidotti. Josef Schöner (Bonn) an Bruno Kreisky (Wien)

5 Folgende Darstellungen seien genannt:

Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen, Innsbruck 1987, 405 Seiten (Neuaufgabe 2006 unter dem Titel „Autonomie oder Selbstbestimmung?“).

Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit, Innsbruck 1999, 3. Auflage 2004, 624 Seiten.

Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente, Innsbruck 1999, 418 Seiten.

Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969, Darstellung in drei Bänden, Bozen 1999, 2540 Seiten.

Alto Adige/Sudtirolo 1918–1999, Innsbruck 1999, 120 Seiten.

Südtirol. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck 2003, 129 Seiten.

South Tyrol. A Minority Conflict of the Twentieth Century, New Brunswick (USA)/London 2003, 171 Seiten.

Neben zahlreichen Aufsätzen gibt es im Internet darüber hinaus unter www.rolfsteiningger.at einen Schwerpunkt „Südtirol“, mit einem kurzen Essay, Literaturangaben und weiteren Links.

- 13.7.1961: Aussprache mit Gian Lorenzo Betteloni. Max Löwenthal (Rom) an Bruno Kreisky (Wien)
- 5.9.1961: Protokoll der Besprechung in Innsbruck über die Südtirolfrage
- 28.11.1961: UNO-Resolution 1661 (XVI)
- 1.12.1961: Behandlung der Südtirolfrage durch die XVI. Generalversammlung der Vereinten Nationen. Sprachregelung BMfAA

Inzwischen sind noch zahlreiche Dokumente hinzugekommen, die im vorliegenden Band ebenfalls erstmals abgedruckt werden. In erster Linie handelt es sich hierbei um Materialien aus dem Archiv der Südtiroler Volkspartei, die im Südtiroler Landesarchiv in Bozen aufbewahrt werden. Aus den Protokollen der Parteileitungs- und -ausschusssitzungen der SVP werden hier nur jene Passagen abgedruckt, die für unser Thema, d. h. Südtirol*politik*, relevant sind. Für Hilfe im Südtiroler Landesarchiv danke ich ganz besonders dessen Leiter, Dr. Josef Nössing, sowie Frau Dr. Christine Roilo und Andreas Prechtl. Neu hinzugekommen sind auch etliche hochinteressante Tagebuchaufzeichnungen des damaligen Generalsekretärs im Außenministerium in Wien, Martin Fuchs. Fuchs schrieb in Gabelsberger Stenographie; die von Rudolf Jerábek besorgten Transkripte befinden sich im Besitz von Univ.Doz. DDr. Oliver Rathkolb in Wien, der sie mir freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat. Dafür sage ich auch an dieser Stelle noch einmal herzlich danke.

Danken möchte ich auch Dr. Heinz Damian, Wien, ehemals Vertrauter von Bruno Kreisky, sowie dem Justizminister a. D. O. Univ.Prof. Dr. Hans Kleczky, die mir ebenfalls Material überlassen haben. Für die Edition insgesamt wurden folgende Archive konsultiert:

1. Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Wien (ÖStA, AdR)
2. Tiroler Landesarchiv, Innsbruck (TLA)
3. Archiv der Südtiroler Volkspartei/Südtiroler Landesarchiv, Bozen (SLA)
4. Archivio Storico Diplomatico, Ministero degli Affari Esteri, Affari Politici, Rom (ASD-MAE)
5. Archivio Centrale dello Stato, Presidenza Consiglio, Rom (ASC, PC)
6. Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Wien (StBKA)
7. Archiv der ÖVP im Karl Vogelsang Institut, Wien (AKVI)
8. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn/Berlin (PA)
9. Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München (BayHStA)
10. Archiv der Universität Innsbruck (AUI)
11. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck (IfZ, Innsbruck)
12. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien (IfZ, Wien)
13. Archiv Dr. Toni Ebner, Bozen (Ebner-Archiv)
14. Nachlass Kanonikus Michael Gamper, Bozen (Gamper-Nachlass)
15. United Nations Archives, New York (UN-Archives)
16. The National Archive, Public Record Office, (Kew) London (PRO)
17. National Archives, Washington, D.C./College Park, Maryland (NA)
18. Archiv der Sozialen Fortschrittspartei Südtirols (SFP)/Südtiroler Landesarchiv, Bozen (SLA)

„Das Krisenjahr“ habe ich den vorliegenden Band für das Jahr 1961 genannt. 1961 war in der Tat *das* Krisenjahr und gleichzeitig Höhepunkt der Südtirolpolitik nach 1945, wie die vorliegenden Dokumente eindrucksvoll bezeugen. Für alles, was danach kam, wurde hier der Grundstein gelegt. Nicht umsonst gibt es denn auch zwei Halbbände.

Die Dokumente geben definitive Antworten auf eine ganze Reihe von Fragen, etwa: Wie verliefen die Verhandlungen in Mailand, Klagenfurt und Zürich? Wie die zahlreichen Gespräche zwischen Mitgliedern der Bundesregierung in Wien und führenden Politikern in Innsbruck und Bozen? Was wollten die Attentäter? Und was haben sie erreicht? Gab es Sympathisanten für sie innerhalb der SVP? War die „Bombenpolitik“ erfolgreich? Gab es Chancen für die Selbstbestimmung? Wie reagierten die Italiener auf die Attentate, was war ihre Strategie? Wie war das mit dem „Aufbau“ und einer möglichen Spaltung der SVP? Wie wurde die Spaltung verhindert? Wo stand man am Ende des Jahres?

Schon in meiner Arbeit „Zwischen Diplomatie und Terror“ aus dem Jahr 1999 habe ich allen Mitarbeitern der damals konsultierten Archive herzlich gedankt. Diesen Dank möchte ich an dieser Stelle nachdrücklich wiederholen.

Die Aktenedition, deren dritter Band hiermit vorgelegt wird, ist das Ergebnis eines Forschungsprojektes, das der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützt hat. Dafür möchte ich mich auch an dieser Stelle noch einmal herzlich bedanken. Mein Dank gilt auch all jenen, die die Drucklegung ermöglicht haben, allen voran dem Landeshauptmann von Südtirol, Dr. Luis Durnwalder.

Mein ganz besonderer Dank gilt jedoch erneut meinen Sekretärinnen: Frau Eva Plankensteiner, Frau Ingrid Voggenberger und Frau Mag. Ulrike Scherpereel. Sie haben die Dokumente in eine lesbare Form gebracht. Mein Dank gilt auch Frau Mag. Sabine Pitscheider und Herrn Mag. Harald Dunajtschik, die das Manuskript vor Drucklegung auf Fehler geprüft haben, sowie in Südtirol für ihre Hilfe Dr. Gerald Steinacher, Mag. Norbert Sparer und Dr. Alessandro Montoro, die sich um Transkription und die „Feinkorrektur“ der italienischen Dokumente gekümmert haben.

Innsbruck, im Mai 2007
Rolf Steininger
www.rolfsteininger.at